

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1033

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1033



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

Newsletter vom 25. 6. 2017

Inhalt

Kantonsrats-Debatte, Volksinitiative «Lehrplan vors Volk», 19. Juni 2017, Anita Borer.....	1
Geschichte auf Englisch – eine Kritik.....	4
Auf totale Digitalisierung folgt Privatisierung der Schweizer Volksschule.....	5
Das gläserne Schulkind	7
«Lernen ist aufwendig, soll aber auch Spass machen».....	8
Herausforderung für die Heilpädagogik.....	9
Baselbieter Volksschulleiter: «Vertrauen in die Schule ist weg».....	10
Thurgauer Entscheid zum Französisch.....	12
Selbst in Bayern können Schüler nicht mehr rechnen.....	13

Kantonsrats-Debatte, Volksinitiative «Lehrplan vors Volk», 19. Juni 2017, Anita Borer

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Frau Regierungsrätin
Geschätzte Kantonsrätinnen und Kantonsräte

Mit der Initiative «Lehrplan vors Volk» fordert ein überparteiliches Komitee mehr Mitsprache in Sachen Lehrplan. Was bedeutet das konkret?

Ich zitiere aus der Initiative: «Der Regierungsrat beschliesst den Lehrplan auf Antrag des Bildungsrates. Der Lehrplan bedarf der Genehmigung durch den Kantonsrat. Der Kantonsratsbeschluss, mit dem der Lehrplan genehmigt wird, unterliegt dem fakultativen Referendum.»

Wie es schwarz auf weiss in der Initiative steht, soll der Lehrplan wie bisher vom Bildungsrat ausgearbeitet werden. Abschliessend soll aber nicht der Regierungsrat, sondern der Kantonsrat den Lehrplan genehmigen, also ja oder nein dazu sagen können. Das Volk soll mit dem fakultativen Referendum das letzte Wort haben.

Was kann man als ehrlicher Demokrat hier dagegen haben? Nichts, einfach nichts!

Die Demokratie ist der Grundpfeiler unseres Staatswesens. Die meisten hier im Saal gehen mit mir einig: etwas, das demokratisch entschieden und breit abgestützt ist, wird in unserem Lande mehrheitlich akzeptiert. Dazu haben wir gemäss Bundesverfassung Themen, die in der Entscheidungshoheit der Kantone liegen – so auch das Thema

Bildung.

Diese Entscheidungshoheit hat sich bewährt, denn durch den institutionellen Wettbewerb zwischen den Kantonen kristallisieren sich letztlich die besten Lösungen heraus und zudem kann auf spezifische kantonale Gegebenheiten eingegangen werden.

Trotz dieses verfassungsmässigen Prinzips hat die D-EDK einen Lehrplan für die ganze Schweiz erarbeitet, den Lehrplan 21. Das Argument, dass die Kantone ja ihren eigenen Lehrplan darauf anpassen können, lasse ich nicht gelten.

Der Lehrplan 21 umfasst mehrere hundert Seiten und Tausende von Kompetenzziele. Der Spielraum der Kantone, hierbei noch etwas anzupassen, ist verschwindend klein – dies haben wir auch in der Vernehmlassung zum kantonalen Lehrplan sehen können. Das Prinzip der Bildungshoheit wird in diesem Fall mit Füßen getreten.

Stimmt, zusätzlich zur Hoheit der Kantone in Sachen Bildung sprachen sich die Stimmbürger auch für eine gewisse Harmonisierung der Volksschule aus, was das Eintrittsalter, die Dauer und die Ziele der Bildungsstufen angeht.

Dass dies über einen einheitlichen Lehrplan geschehen muss, steht im entsprechenden Bildungsartikel aber nicht und übrigens auch nicht im HarmoS-Konkordat, dem der Kanton Zürich beigetreten ist. Dort steht lediglich, dass Lehrpläne, Lehrmittel und Evaluationsinstrumente sowie Bildungsstandards aufeinander abgestimmt werden.

Es geht um eine Abstimmung und nicht darum, dass es einen einheitlichen Lehrplan geben muss.

Eine sinnvolle Harmonisierung im Schulwesen hätte auch dann erreicht werden können, wenn die D-EDK ein paar entsprechende Vorgaben gemacht hätte. Dazu hätte es kein gesamtschweizerisches Bürokratiemonster gebraucht.

Nebenbei: Die Harmonisierung, die immer wieder propagiert wird, wird mit dem vorliegenden Lehrplan 21 gar nicht erreicht, weil es Zyklusziele über drei Jahre gibt. Schon beim Umzug in eine andere Gemeinde trifft man unterschiedliche Lernstände an.

Meine Damen und Herren und alle Verfechter der Demokratie, lassen Sie diese schleichende Unterbindung des Subsidiaritätsprinzips nicht zu und stärken Sie dazu die demokratische Mitsprache.

Mit der Initiative «Lehrplan vors Volk» erhalten wir als Kantonsräte eine Möglichkeit, dem Lehrplan – der Grundlage unserer Volksschule – zuzustimmen oder diesen im Rat begründet zurückzuweisen. Das Volk erhält die Möglichkeit, gegen diesen Beschluss das Referendum zu ergreifen. Das ist ehrliche Demokratie.

Letztlich profitieren nämlich alle:

1. Die Schülerinnen und Schüler und deren Eltern

Dies ist unsere wichtigste Bezugsgruppe. Der Lehrplan gibt die Leitplanken vor, auf denen auch die Lehrmittel aufgebaut werden. Er entscheidet also grundlegend, wie unsere Schülerinnen und Schüler für die Zukunft gewappnet sind. Eine offene Diskussion darüber gibt neue Sichtweisen und Inputs, die letztlich unseren Schülerinnen und Schülern zu Gute kommen.

2. Die Lehrerinnen und Lehrer

All die Diskussionen rund um Lehr- und Lerninhalte, Lektionentafeln, usw. kennen wir. Oft diskutieren wir über Details und mischen uns ins Operative ein. Da macht es doch mehr Sinn, wir optimieren den Einführungsprozess eines Lehrplanes dahingehend, dass wir schon zu einem frühen Zeitpunkt darüber sprechen. Alle Interessensgruppen haben dann die Gelegenheit, sich einzubringen und nicht nur auserwählte im Vernehmlassungsprozess.

3. **Wirtschaft und Gewerbe**

Die Wirtschaft hat selbstverständlich ein grosses Interesse an einer guten Volksschule. Auch das Gewerbe muss deshalb einbezogen werden. Damit meine ich nicht nur die oberen Verbandsvertreter, sondern diejenigen, die täglich mit Schulabgängern zu tun haben. Sie sollen verstärkt mitreden können. Mit der Initiative wird das Thema breiter diskutiert, was auch bedeutet, dass sich Gewerbevertreter direkt einbringen können.

4. **Die Gemeinden und Steuerzahler**

Die Gemeinden sind es, die die Änderungen in organisatorischer, personeller, infrastruktureller und finanzieller Hinsicht umsetzen und vor allem bezahlen müssen. Und die Gemeinden sind es auch, die die neuen Lehrmittel beschaffen müssen. Letztlich sind es unsere Steuerzahler, die erneut belastet werden, ohne dass sie sich des Ursprungs bewusst sind. Genau deshalb ist die Initiative einfach Pflicht!

5. **Die Politik – Bildungsdirektion und Kantonsrat**

Ja, es ist so, wenn der Lehrplan breit abgestützt ist, profitieren auch die Bildungsdirektion und der Kantonsrat davon, weil offen und transparent darüber diskutiert wird. Ein parlamentarischer Entscheid bzw. ein Volksentscheid hat eine höhere Akzeptanz in allen Schichten und stützt im Endeffekt unsere Volksschule.

Alles in allem stärken wir mit dieser Initiative das Mitspracherecht, was für Befürworter und Gegner des Lehrplanes gut ist, denn wird ein Lehrplan genehmigt, dann hat er eine breite Abstützung im Volk und wird entsprechend getragen. Das war schon immer der Konsens in unserer Demokratie: was eine Mehrheit findet wird mehrheitlich auch akzeptiert.

Gleich zu Beginn möchte ich ein paar Behauptungen der Gegner dieser Initiative ausräumen:

- **Behauptung 1: Eine Diskussion im Kantonsrat wäre zu umfassend und ginge zu sehr ins Detail.**

Die Meinung der Initianten ist, dass der Bildungsrat den Lehrplan weiterhin ausarbeitet, doch der Kantonsrat diesen genehmigt. Dabei soll nicht jeder Punkt einzeln diskutiert werden, aber jeder Fraktion steht es offen, sich zu einzelnen Punkten zu äussern. Nichts anderes machen wir, wenn wir Geschäftsberichte besprechen. Dass wir diese Meinungsäusserung auch beim Lehrplan machen, ist mehr als nur korrekt.

- **Behauptung 2: Die Bevölkerung kann sich nicht in einen umfassenden Lehrplan einlesen.**

Bereits heute ist der Lehrplan 21 auf dem Web aufgeschaltet und kann eingesehen werden. Selbstverständlich ist im Falle einer Abstimmung auch die Abstimmungsweisung massgebend. Zudem stimmt die Bevölkerung über weit umfassendere Themen ab, bei denen ganze Gesetzestexte beiliegen.

Das Argument, dass dies unserer Bevölkerung nicht zuzutrauen wäre, entspricht nicht meinem demokratischen Verständnis und ich hoffe auch nicht dem der meisten von Ihnen. Und wenn es der Bevölkerung nicht zuzutrauen ist, dann müssen wir uns fragen, ob der Lehrplan nicht zu umfassend ist, denn dann ist er auch nicht den Lehrerinnen und Lehrern zuzutrauen!

- **Behauptung 3: Den Initianten geht es nur um die Verhinderung des Lehrplanes**

Das Komitee ist breit abgestützt und entsprechend zusammengesetzt, wie das auch bei vielen anderen Initiativen der Fall ist. Daher ist es nur allzu verständlich, dass die Beweggründe für die Initiative unterschiedlich sind. Der gemeinsame Nenner des Initiativkomitees, das heisst, was das Initiativkomitee will, steht schwarz auf weiss in der Initiative geschrieben.

Wir wollen einen guten, verständlichen Lehrplan, der unsere Schüler bestmöglich auf das gesellschaftliche und berufliche Leben vorbereitet und den Lehrkräften eine Stütze im Unterricht ist.

Zeigen wir uns als volksnahe Politikerinnen und Politiker und ermöglichen wir einen Lehrplan, der als Grundlage unserer Schule von einer breiten Bevölkerung getragen wird, indem dass der Kantonsrat und in letzter Instanz das Volk darüber entscheiden kann. Vor allem unsere Schülerinnen und Schüler werden es uns letztlich danken.

Statement

Der Lehrplan ist die Grundlage unserer Volksschule und gibt vor, was unsere SuS letztlich lernen. Es ist also ein sehr wichtiges Instrument und muss er von einer breiten Bevölkerung getragen werden.

Geschichte auf Englisch – eine Kritik

Luzerner Zeitung online 19. Juni 2017, 07:33, Ansichten

Mario Andreotti, Professor für Neuere Deutsche Literatur und Buchautor (PD)

«Immersion» lautet zurzeit eines der neudeutschen Schlagworte der Reformpädagogogen. Hinter der Idee des Immersionsunterrichts steht die Auffassung, man lerne eine Fremdsprache viel besser, wenn man sich mit ihr, neben dem eigentlichen Fremdsprachenunterricht, in möglichst vielen Situationen auseinandersetze. In Bezug auf das Englische findet dies im täglichen Leben, etwa bei der Arbeit am Computer oder beim Anhören der weltweit dominanten englischsprachigen Musik, statt. So weit, so gut. Seit einigen Jahren wird diese Lernsituation auch im Schulunterricht in ausgewählten Fächern genutzt. Neben Mathematik, Physik, Biologie, Wirtschaft und Recht ist es das Fach Geschichte, das in einer immer grösseren Zahl von Schulen nicht mehr deutsch, sondern englisch unterrichtet wird. Das kann nicht unwidersprochen bleiben.

Machen wir uns nichts vor: Die in Pädagogen- und vor allem in Wirtschaftskreisen vielgehörte Meinung, Englisch sei eine eher leichte Sprache, jedenfalls leichter als Französisch oder gar als Deutsch, ist eine Mär, mit der wir endlich aufräumen sollten. Englisch ist ganz im Gegenteil eine hochkomplexe, äusserst differenzierte Sprache (sie hat rund 100000 Wörter mehr als das Deutsche), die sowohl im Bereich der Grammatik als auch in dem der Idiomatik von den Lernenden sehr viel abverlangt. Und ausgerechnet in dieser anspruchsvollen Fremdsprache soll in unseren Schulen ein Fach wie Geschichte unterrichtet werden, in dem es um ein vertieftes Verständnis vielschichtiger politischer, sozialer und kultureller Prozesse geht. Das kann nicht gut gehen.

Zum einen bezweifle ich, dass Geschichtslehrer, die nicht auch Anglistik studiert haben, in der Lage sind, das Fach Geschichte auf gymnasialem Niveau englisch adäquat zu unterrichten. Da bringen auch ein paar Weiterbildungskurse nichts. Und zum andern hat schon Hans Fässler, der als Gymnasiallehrer Historiker und Anglist ist, zu Recht darauf hingewiesen, dass im Immersionsfach Geschichte «auch gute Schülerinnen und Schüler noch im Jahr vor der Matura an ihre Grenzen kommen, wenn es um das Formulieren komplexer Zusammenhänge geht».

Was bedeutet das konkret? Das bedeutet nichts weiter, als dass im Fach Geschichte eine vertiefte Bildung gar nicht mehr möglich ist, weil der zu unterrichtende Stoff irgendwo an der Oberfläche bleibt. Oder sagen wir es noch deutlicher: Das Immersionsfach Geschichte droht zum reinen Steigbügelhalter für zusätzliche Englischlektionen zu

werden. Dass dabei auch die deutsche Sprache, der zahlreiche wertvolle Lektionen verloren gehen, einmal mehr zur Verliererin wird, macht das Ganze nur noch bedenklicher, zumal es an vielen Schweizer Gymnasien Vorschrift ist, dass selbst Maturaarbeiten im Fach Geschichte in Englisch verfasst und präsentiert werden müssen.

Man wird den Verdacht nicht ganz los, dass sich hinter der Idee des Immersionsunterrichts handfeste ökonomische Interessen verbergen. Englisch ist heute die Weltsprache der Wirtschaft. Über sie, wenn auch nicht ausschliesslich, zieht die Werbewirtschaft ungefiltert in unsere Bildungsinstitutionen ein. Kinder und Jugendliche sollen für die Wirtschaft fit gemacht, sollen letztlich als Konsumenten gewonnen werden. Diesem ökonomischen Endzweck hat selbst ein Kulturfach wie Geschichte zu dienen.

Schliesslich ist da noch ein weiteres Moment, das uns nicht gleichgültig lassen kann. Geschichte ist ja immer auch Kulturgeschichte, in eine bestimmte Sprache, Tradition und Mentalität eingebettet. Ist daher die Vermutung, dass hinter der Geschichte als Immersionsfach eine geheime Agenda, eine politische Absicht steckt, so verwegen? Die Absicht nämlich, Nationalstolz und Patriotismus zurückzudrängen, um die Akzeptanz für die internationale Einbindung der Schweiz, letztlich für die politische und ökonomische Globalisierung zu erhöhen. Man braucht diese Vermutung nicht zu teilen, aber man soll sie zur Kenntnis nehmen. Und darüber nachdenken.

Mario Andreotti

Auf totale Digitalisierung folgt Privatisierung der Schweizer Volksschule

Zeit-Fragen vom 20.6.2017

mw. Die Spatzen pfeifen es seit längerem von den Dächern: Der Lehrplan 21 ebnet den globalen Bildungs- und Technologiekonzernen den Weg, um mit Hilfe der Schweizer Schulen und deren grosszügigen Budgets Milliarden zu verdienen. Das war immer einmal wieder Thema in den Medien, wobei die erwarteten Kosten für die Kantone und Gemeinden nur andeutungsweise und meist offensichtlich abgerundet an die Oberfläche drangen. Jetzt, wo die Einführung des LP 21 in vielen Kantonen konkret wird, erfährt man Genaueres. Ausmass und Kosten der Digitalisierung werden um ein Vielfaches grösser sein, als bisher zugegeben wurde. Internationale Bildungskonzerne sind in verschiedenen Schweizer Schulgemeinden bereits im Geschäft, sogenannte Beratungsfirmen schneiden sich ihre Scheiben vom Kuchen ab. Und was nun auch bekannt wird: Mit zunehmender Digitalisierung droht das Schulwesen der öffentlichen Hand zu entgleiten. Die Privatisierung der staatlichen Volksschule, der Service-public-Institution par excellence, findet bereits da und dort statt. Was besonders zu denken gibt: Exponenten des LCH (Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer) und der Pädagogischen Hochschulen ziehen kräftig mit.

Seit die EDK im stillen Kämmerlein ihren – jeglicher pädagogischen Erkenntnis widersprechenden – Lehrplan 21 ausgebrütet hat, stehen die globalen IT-Konzerne in den Startlöchern. Die zahlungskräftigen Schweizer Schulgemeinden und Kantone sind begehrte Kunden.

Privatisierung der öffentlichen Schule: aus rechtsstaatlicher und demokratischer Sicht bedenklich

Um die Schulbehörden und die Lehrerschaft in den Gemeinden zu «entlasten», wird die

Organisation der ganzen Schule gleich mitgeliefert. Bereits heute gibt es Schweizer Gemeinden, wo eine private Firma die öffentliche Schule mit einem staatlichen Pauschalbetrag pro Schüler übernommen hat und sie ganz nach Lehrplan 21 führt, mit «Inputstunden» durch die Lehrer, pardon, Lernbegleiter, und individuellem Lehrplan der Schüler am Computer. («Die Schonzeit ist vorbei», NZZ am Sonntag vom 11.6.2017)

Wenn auch eine solche Lösung für die eine oder andere Gemeinde praktikabel sein kann, bleibt der Handel dennoch aus rechtsstaatlicher und demokratischer Sicht bedenklich. Damit gibt die Gemeinde die Schule aus ihren Händen und schaltet die verfassungsmässige Bildungshoheit des Kantons ein Stück weit aus. Gemäss Artikel 62 Absatz 1 BV sind die Kantone für das Schulwesen zuständig; laut Absatz 2 untersteht der Grundschulunterricht staatlicher Leitung oder Aufsicht. Nach der Einführung des Lehrplan 21 wird es jedoch nicht bei Einzelfällen bleiben. Wenn wir Bürger nicht aufpassen, könnte die Privatisierung unserer öffentlichen Schulen schneller geschehen, als uns lieb ist.

«Diese Pioniere bereiten den Boden für internationale, profitorientierte Bildungskonzerne» (Jürg Brühlmann, LCH)

Höchst alarmierend sind Äusserungen von Spitzenleuten des LCH und der Pädagogischen Hochschulen, die sich von Anfang an unisono für den LP 21 stark gemacht haben. Heute geben sie offen zu, dass 1. mit dem LP 21 die totale Digitalisierung der Volksschule einhergehen wird und dass 2. die Entwicklung der Lernsoftware für unsere Schule den Grosskonzernen überlassen werden soll. Jürg Brühlmann, Leiter Pädagogische Arbeitsstelle des LCH (Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer) zur privatisierten Schule: «Diese Pioniere bereiten den Boden für internationale, profitorientierte Bildungskonzerne.» Brühlmann scheint dies nicht zu stören. Er prophezeit, die digitalisierte, personalisierte Bildung von morgen werde «industriellen Charakter» haben. «Grosse Konzerne werden in der Lage sein, digital und modular aufbereitetes Lernmaterial aus einer Hand anzubieten. Dank der Digitalisierung sei der individualisierte Unterricht auch an der Volksschule kostengünstig möglich.» Und Wolfgang Beywl, Professor für Bildungsmanagement an der Pädagogischen Hochschule FHNW (Fachhochschule Nordwestschweiz), erklärt, der Bund und die Kantone hätten mit ihren eigenen Online-Lernprojekten «mittelfristig [...] gegen die Konkurrenz der international aufgestellten Technologiekonzerne keine Chance», denn ihnen «fehlten die Millionen von Franken, die es brauche, um die Programme laufend weiterzuentwickeln. Google oder Facebook kennen solche Probleme nicht». (NZZ am Sonntag vom 11.6.2017)

Wirklich sehr offenherzig, die Schweizer Bildungs-Clique – wenigstens muss man sich nicht mehr fragen, wessen Interessen sie eigentlich vertritt – diejenigen der Schulkinder und ihrer Eltern sowie der Lehrer jedenfalls nicht ... Dass die den Konzernen überlassene Digitalisierung der Schulen kostengünstiger sein soll, ist übrigens eine wahrhaft kühne Behauptung!

«Der Lehrplan 21 fördert das individuelle Lernen und die Digitalisierung»

Gemäss Tagespresse vom 10.6.2017 wird die Sekundarschule Unteres Furttal (SekUF) 150 mobile Geräte für 120 000 Franken anschaffen. Damit kann sie «die Vorgaben des Lehrplans 21 umsetzen. Der neue Lehrplan des Kantons Zürich für die Volksschule verlangt die Einführung des Faches «Medien und Informatik» und den Einsatz von PC, Laptop oder Tablet in allen Fächern. Das Volksschulamt empfiehlt darum, für jeden Sekundarschüler ein Gerät zur Verfügung zu stellen». «Wie einst jeder Schüler eine eigene Schiefertafel, einen Schwamm und Kreide gekriegt hat, sollen die heutigen Schüler ein mobiles Gerät erhalten», so der externe IT-Berater Danny Frischknecht von der Firma

Media-shape, der die SekUF berät. («Alle Schüler erhalten ein eigenes Tablet». «Zürcher Unterländer» vom 10.6.2017)

Weitere Beispiele gefällig? Samsung liefert die Lernplattform Learnify, die für die Schweiz und den Lehrplan 21 angepasst wurde. Und Geschäftsführer Niclas Walter der schwedisch-isländischen Firma Infomentor schätzt das Potential in der Schweiz als gross ein: «Der Lehrplan 21 fördert das individuelle Lernen und die Digitalisierung.» (NZZ am Sonntag vom 11.6.2017)

... und hohe Kosten für Kantone und Schulgemeinden

In vielen Kantonen mahnen die Politiker zu mehr Sparsamkeit im Bildungsbereich. Weniger Lehrerstellen und grössere Klassen sind angesagt – angesichts von Integration und Inklusion ein Ding der Unmöglichkeit! Was nicht laut gesagt wird: Gespart werden muss zugunsten der Lehrplan-21-kompatiblen Umrüstung der Schulen. Der Umbau der Schulzimmer zu einer Ansammlung von Einzelarbeitsplätzen mit Ruhe- und Gruppenplätzen (Lernlandschaften), die Ausrüstung mit einem IT-Gerät pro Kind und die grossen Mengen von Lern- und Test-Software wird über das ganze Land gerechnet Milliarden kosten. Zudem müssen Abertausende von Stunden für die Lehrer-«Weiterbildung» – also für die Umprogrammierung guter Lehrer zu Lernberatern! – bezahlt werden.

Gemeinde und Kanton müssen die öffentliche Volksschule in den Händen behalten

Wenn wir die Volksschule, einen der wichtigsten Service-public-Bereiche in Kantonen und Gemeinden, in der Hand der Bürgerinnen und Bürger behalten wollen, gilt jetzt erst recht: Schieben wir einen Riegel gegen die totale Digitalisierung unserer Schulen! Sorgen wir dafür, dass unsere Kinder die Buchstaben schreiben und nicht nur anklicken lernen, dass das kleine Einmaleins in ihren Hirnzellen und nicht nur im Taschenrechner abgespeichert wird. Und verhindern wir, dass die Volksschule den Konzernen zum Frass überlassen wird!

Das gläserne Schulkind

mw. ««Auf Lernplattformen werden künftig ganze Schülerkarrieren gespeichert sein – man sieht nicht nur die Noten und die Lernkurven des Schülers, sondern auch dessen Absenzen, oder man kann nachverfolgen, zu welcher Tageszeit er am produktivsten ist und wann er im Internet surft», sagt Beywl [Pädagogische Hochschule FHNW]. Bei solchen «Schülerprofilen» handle es sich um lukrative Daten. Zukünftige Arbeitgeber könnten noch vor dem Vorstellungsgespräch erfahren, ob der Bewerber ein disziplinierter Schüler war. Und für die Werbeindustrie wäre es interessant, zu wissen, um welche Zeit ein Schüler im Internet surft.» («Die Schonzeit ist vorbei», NZZ am Sonntag vom 11.6.2017)

Dies sagt der Bildungsmanagement-Professor an einer Schweizer Fachhochschule locker vom Hocker – eine derartige Ungeheuerlichkeit! Totale Überwachung unserer Schulkinder durch IT-Programme statt menschenwürdiger Unterricht durch einen lebendigen Lehrer. Das wollen wir doch nicht!

Lehrplan 21 nicht ohne Computer für jedes Schulkind umsetzbar

Nach der dem LP 21 zugrundeliegenden Theorie des Konstruktivismus muss sich jedes Kind seine Welt selbst konstruieren (zum Beispiel seinen eigenen Rechenweg für die Lösung einer Mathe-Aufgabe herausfinden). Dadurch werde es «kompetent», also fähig, sein Lernen selbst zu organisieren. Als Instrument zum Erwerb von «Selbstkompetenz» empfehle sich das eigene Tablet für jedes Kind, und zwar ab dem Kindergarten! – Soweit die vom Boden abgehobene Theorie. In der Praxis funktioniert sie erwiesenermassen bei

der grossen Mehrheit der Kinder nicht. Ohne Unterrichtung durch den Lehrer scheitern sie. Aber auch die guten Lerner werden im Stich gelassen; wer nur auf den eigenen Erfolg ausgerichtet ist, verkümmert häufig in sozialer Hinsicht. In der vom erfahrenen Lehrer geführten Schulklasse entsteht eben – neben der Lerngemeinschaft – auch ein Modell des Zusammenlebens und -wirkens, was von grosser Bedeutung für das Leben jedes Kindes ist.

«Lernen ist aufwendig, soll aber auch Spass machen»

Tages-Anzeiger Sonderbeilage Bildung vom 19.6.2017, Lernfähigkeit

Lernen erfordert Sitzleder, Willenskraft und Zeit, sagt Kurt Reusser vom Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Zürich. Die gute Nachricht: Die Lernfähigkeit bleibt bis ins hohe Alter erhalten.

Wie lernt man Neues am besten?

Kurt Reusser: Lernen ist eine aktive geistige Tätigkeit mit dem Ziel, einen Fachbereich oder eine Sache bis in die Tiefe zu verstehen. Dabei denkt man Dinge so lange durch, verbalisiert sie und sagt sie zu sich selbst, bis sie einem klar sind und man Zusammenhänge erkennt. Auf diese Weise werden Begriffe und Wissensstrukturen als Bausteine des problemlösenden Denkens aufgebaut. Dies sind Netzwerke von Bedeutungsstrukturen, die mit der Zeit immer vielschichtiger werden und in denen wir uns schnell bewegen können. Manche dieser Wissensstrukturen entstehen im Austausch mit andern: Wir lernen von-, mit- und gegeneinander, etwa in Debatten, Diskussionen oder Prüfungsvorbereitungsgruppen. Lernende sind keine Robinsons, die nur einsam vor dem Computer oder auf dem Lesesessel sitzen. Diese Art des verstehenstiefen, individuellen und kooperativen Lernens wird auch als gehirngerechtes Lernen bezeichnet.

Beim Lernen ist jedoch nicht nur Verstehen gefordert, sondern auch Einprägen und Automatisieren. Gerade Fremdsprachen lernt man nicht, ohne Vokabeln zu büffeln.

Man kann nicht stricken ohne Wolle, und man kann nicht denkbeweglich sein ohne Wissensbausteine. Das heisst, es gibt in allen Disziplinen ein Grundwissen, das man sich aneignen muss. Verständnistiefes Lernen von komplexen Inhalten erfordert Bedeutungszusammenhänge mehrmals zu durchdenken, was zu zahlreichen Wiederholungen führt. Diese bewirken, dass wir uns die Dinge auch einprägen. Das reine Auswendig-Lernen hingegen ermöglicht es einem lediglich, kurzfristig einen Sachverhalt wiedergeben zu können. Damit dient es dem unmittelbaren Prüfungserfolg, nicht aber dem Verständnis einer Sache.

Wie zeitaufwändig ist Lernen?

Lernen als Erwerb denkbeweglicher Wissensstrukturen bedeutet, dass man sich über lange Zeit intensiv mit einer Sache auseinandersetzt. Ein Fach studieren, um darin eine Expertin oder ein Experte zu werden, heisst, sich über mehrere Jahre gründlich wie auch lustvoll auf einen Gegenstand einzulassen. Neben kognitiven Grundkompetenzen sind dazu auch Sitzleder und Willenskraft erforderlich. Oder, wie Dürrenmatt gesagt hat: Büffeln kann jeder, Verstehen braucht Zeit.

Lernen alle Menschen auf dieselbe Weise, oder gibt es Lernstrategien, die manchen mehr entsprechen als andern?

An der Idee der individuellen Lernstile ist wissenschaftlich nicht viel dran. Denn es sind für alle Menschen dieselben Dinge, die zum Lernerfolg führen: Neben Lernstrategien braucht

es dazu Ausdauer und die Bereitschaft, sich anzustrengen. Weiter sind klare Ziele erforderlich sowie die Fähigkeit, den Lernprozess zu reflektieren und die Lernfortschritte zu überwachen.

Der Lernerfolg bedingt überdies ein gutes Selbstmanagement: Es gilt, sich von Ablenkungen abzuschirmen und seine Zeit gut einzuteilen, was beispielsweise auch heisst, nie zu oft in der Badi zu liegen oder mit Freunden unterwegs zu sein. Zudem muss man das Auf und Ab der Emotionen und der Motivation bewältigen, das mit dem Lernprozess einhergeht: Manchmal gehen wir mit einem gesunden Selbstvertrauen an die Arbeit, das aber Stunden später schon im Keller sein kann und wir der Überzeugung sind, wir können gar nichts. Schliesslich sollte auch das Lernumfeld stimmen: Schlaf, Ernährung und Bewegung sollten so gestaltet sein, dass wir uns wohlfühlen.

Nimmt die Lernfähigkeit mit zunehmendem Alter ab?

Kinder nehmen neue Inhalte schneller auf als ältere Erwachsene. Erwachsene lernen jedoch in Gebieten, in denen sie über ein umfangreiches, fachintelligentes Wissen verfügen, schnell dazu. Man spricht hier von fluider, und kristalliner Intelligenz: Erstere ist die Fähigkeit, neue Informationen schnell zu verarbeiten. Sie geht mit dem Alter zurück. Die kristalline Intelligenz ist die Erfahrungs- und Wissensbasis, die man sich aufgebaut hat. Sie nimmt bei fortwährendem lebenslangem Lernen zu und bleibt bis ins hohe Alter stabil, sodass Menschen den Rückgang ihrer fluiden Intelligenz bis ins neunte Lebensjahrzehnt kompensieren können. Die Ansicht, dass man einem alten Hund keine neuen Kunststücke mehr beibringen kann, oder die Redewendung «Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr» stimmen also nicht.

Interview: Karin Meier

Kurt Reusser ist Professor für Pädagogische Psychologie und Didaktik an der Universität Zürich

Herausforderung für die Heilpädagogik

NZZ vom 22.6.2017, Tribüne, Gastkommentar

von Riccardo Bonfranchi

In vielen heilpädagogischen Sonderschulen des Kantons Zürich bietet sich heute das folgende Bild: Neben geistig behinderten Kindern, die schon immer diesen Schultyp besucht haben, finden sich häufig auch schwer geistig und mehrfachbehinderte Kinder. Dies ist verständlich, haben doch auch sie ein Recht auf Bildung und Förderung.

Tatsache ist aber auch, dass diese Gruppe in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat. Dies hat damit zu tun, dass heute weit häufiger auch schwerbehinderte Kinder überleben können, die früher noch gestorben wären. Auch die Zunahme der Überlebenschancen von Frühstgeburt hat deutlich zugenommen. Viele dieser Kinder haben eine zum Teil schwere Behinderung. Gleichzeitig ist eine deutliche Abnahme von Kindern mit Down-Syndrom feststellbar, dies aufgrund der pränatalen Diagnostik, die heute in der überwiegenden Zahl der positiv diagnostizierten Fälle zu einer Abtreibung führt. Heute werden viele geistig behinderte Kinder, insbesondere solche mit einem Down-Syndrom, zunächst in die Regelschule integriert. Viele dieser Kinder werden dann, wenn sie etwas älter geworden sind, in eine heilpädagogische (Oberstufen-)Klasse eingeschult.

Die Bandbreite an unterschiedlichen Schülern und Schülerinnen in der heilpädagogischen Sonderschule hat sich in den letzten Jahren aber vor allem auch deshalb dramatisch

vergrössert, weil auch sogenannte lernbehindert-verhaltensauffällige Schüler häufiger in diese Schulen kommen, die eigentlich für geistig behinderte Kinder und Jugendliche eingerichtet worden sind.

Eine Klasse an einer heilpädagogischen Schule im Kanton Zürich sieht heute also beispielsweise wie folgt aus. Gehen wir von einer Klasse mit acht Schülerinnen und Schülern aus: Zwei der acht Schüler sind schwer geistig und mehrfachbehindert, sie verfügen über keine Lautsprache und bewegen sich auf dem entwicklungspsychologischen Niveau eines Kleinkindes unter zwei Jahren. Zwei weitere Schülerinnen sind schwer geistig, aber nicht mehrfachbehindert. Ihr Entwicklungsniveau entspricht etwa der Kindergartenstufe. Zwei weitere Schüler sind nur leicht geistig behindert und wären früher vielleicht in eine Kleinklasse eingeschult worden. Die letzten zwei der acht Schüler sind nicht geistig behindert, aber verhaltensauffällig. Sie bewegen sich selbständig in der Gemeinde, benutzen öffentliche Verkehrsmittel, fahren vielleicht Mofa, hatten aber eventuell auch schon diverse Kontakte mit der Polizei wegen Vandalismus und Sachbeschädigung oder Ähnlichem.

Diese acht Schüler besuchen nun also in unserem Beispiel die gleiche Klasse an einer heilpädagogischen Schule. Wie aber sieht der Unterricht in einer solcherart durchmischten Klasse aus? Über welche Qualifikationen muss die verantwortliche Lehrkraft verfügen, um all den verschiedenen Bedürfnissen gerecht werden zu können? Ist dies überhaupt zu leisten? Und: Ist den verantwortlichen Stellen bei der Bildungsdirektion und in der Politik bekannt, dass hier solch massive Unterschiede in den Bildungsniveaus vorhanden sind, die ein befriedigendes Fordern und Fördern kaum noch möglich machen?

Es gibt wohl keinen anderen Schultyp in unserer Schullandschaft, der so heterogen zusammengesetzt ist wie eine Klasse an einer heilpädagogischen Sonderschule.

Es stellt sich deshalb die Frage, ob hier allenfalls eine Bagatellisierung bzw. Trivialisierung von Behinderung geschieht. Es werden sowohl die schwer geistig und mehrfachbehinderten Schüler wie auch die lernbehindert-verhaltensauffälligen Schüler nicht für voll genommen. Es wäre möglicherweise sinnvoll, die sogenannten Kleinklassen wieder einzuführen, wie dies in den Kantonen Aargau und Graubünden erwogen und teilweise umgesetzt worden ist. Zwar sind Klassen an heilpädagogischen Schulen auch Kleinklassen. Die Heterogenität der Entwicklungs- und Bildungsniveaus an heilpädagogischen Schulen ist aber didaktisch und bildungspolitisch nicht akzeptabel.

Riccardo Bonfranchi ist als selbständiger Fachberater und Supervisor im heilpädagogischen Bereich tätig.

Baselbieter Volksschulleiter: «Vertrauen in die Schule ist weg»

bz 18.6.2017

von Hans-Martin Jermann und Leif Simonsen — Schweiz am Wochenende - 18.6.2017 um 05:30 Uhr

Der neue Baselbieter Volksschulleiter Beat Lüthy¹ sagt im Interview, woran das Baselbieter Schulwesen krankt.

Seit gut zwei Monaten leitet Beat Lüthy das Baselbieter Amt für Volksschulen (AVS), zuvor war er Schulleiter in Sissach. Mit der «Schweiz am Wochenende» spricht er über die

¹AVS-Leiter Beat Lüthy ist nach 14 Jahren als Sekundarschulleiter Sissach zum Kanton gewechselt

Baustellen Harnos, Lehrplan und Frühfremdsprachen. Und er erklärt, warum ihm die Politik zuweilen ein Dorn im Auge ist.

Herr Lüthy, in welchem Zustand haben Sie die Baselbieter Volksschule angetroffen?

Beat Lüthy: Ich habe sie so angetroffen, wie ich sie mir vorgestellt habe. Ich weiss, woran das System krankt. Was mich überrascht hat, ist der starke Einfluss der Politik auf den Tagesablauf der Verwaltung. Da kommen zum Teil parlamentarische Anfragen zu Themen, die man einfach beantwortet bekäme, wenn man nur schnell den Hörer in die Hand nehmen würde.

Woran krankt die Schule genau?

Das Vertrauen ist weg. Jeder hat seine eigenen Vorstellungen und Ideen von der Volksschule. Wir diskutieren Lehrpläne und Passepartout-Modelle, aber die wahren Herausforderungen werden ausser Acht gelassen. Damit meine ich die Digitalisierung der Gesellschaft, die das Lernen gewaltig verändern wird. Darüber macht man sich kaum Gedanken. Stattdessen verböhnen sich die Politiker in Details.

Machen Sie dies den Politikern klar?

Ich habe zweimal direkt mit Landräten Kontakt aufgenommen. Einer war auch bei mir im Büro. Wir haben in der jetzigen Situation anderes zu tun, als uns in irgendwelche ideologischen Grundsatzdiskussionen zu begeben. Wir müssen uns mit der Frage auseinandersetzen, wie wir den neuen Lernformen begegnen. Zukünftig wird ausserhalb des Schulzimmers viel mehr Wissen angeeignet.

Müssen sich die Lehrer auf grössere Veränderungen in ihrem Beruf gefasst machen?

Darauf will ich hinaus. Ich verstehe das ganze Getue um den Lehrplan 21 nicht. Viel einschneidender ist die Digitalisierung. Wie sieht die Zukunft des Lehrerberufs aus? Man spricht immer vom Lerncoach. Das ist nur ein Teil der Aufgabe. Das Lernen wird nach wie vor stark geprägt von der sozialen Bindung. Die Pädagogik wird durch die technischen Möglichkeiten in Zukunft verstärkt auf das Individuum ausgerichtet. Lehrpersonen müssen in Zukunft verschiedene Lernprozesse im Blick haben und begleiten können.

Die Politik und Lehrerschaft schlägt sich mit konkreteren Themen herum. Am vordringlichsten ist Frühfranzösisch. Viele finden, dass Französisch ab der 3. Klasse nichts bringe und man aus dem sogenannten Passepartout-Modell aussteigen solle. Welche Haltung haben Sie?

Bisher fehlen die Ergebnisse. Ich bin als Vater zweier Primarschüler und einem 4-P-Schüler, der jetzt ans Gymnasium wechselt, gewissermassen direkt betroffen. Ich habe das Französisch vorher erlebt und jetzt und habe den Eindruck: Früher konnten die Jugendlichen nicht besser Französisch.

Kritik gibt es an den Lehrmitteln Mille feuilles und Clin d'oeil. Die Bücher seien unstrukturiert aufgebaut.

Diese Kritik muss ernstgenommen werden. Einige der Probleme sind erkannt. Es fehlen zum Beispiel die Differenzierungshilfen, also die Möglichkeiten, die Kinder auf unterschiedlichen Niveaus zu unterrichten. Der Verlag hat uns schon längst Verbesserungen versprochen. Es eilt. Man lässt die Lehrer sonst ins Offside laufen.

Der Verein «Starke Schule» behauptet, sich für die Qualitätssicherung einzusetzen. Derzeit sind mehrere Volksinitiativen hängig. Eine Initiative fordert etwa die Pflicht zum niveauegetrennten Unterricht. Was sagen Sie dazu?

Hier geht es um die Wahlpflichtfächer und darum, dass beispielsweise der Musikunterricht,

Werken oder Turnen nicht niveauübergreifend stattfinden sollen. Dies ist heute in seltenen Fällen der Fall – wenn etwa die Kurse nicht stattfinden könnten, weil sich zu wenige Schüler angemeldet haben. Aber jetzt sind wir wieder beim Thema irgendwelcher ideologischer Grundsatzdiskussionen. Dass solche Themen auf dem politischen Parkett besprochen werden, ist doch ein Zeichen des Misstrauens gegenüber der Verwaltung.

Wie ging das Vertrauen verloren?

Mit der Bildungsharmonisierung sind Fehler passiert. Man ist beispielsweise zu den Sekundarlehrern mit den Fachausbildungen gegangen und hat gesagt: Vergesst alles, was ihr bisher gemacht habt. Das war nicht gut. Diese waren in ihrer Ehre gekränkt. Und es ist fast unmöglich, Weiterbildungen mit gekränkten Menschen zu machen. Dann hat man nicht zugehört, als sich die Widerstände formierten. In anderen Kantonen hat man das besser gemacht.

Die Lehrer haben nicht nur mit den Reformen zu kämpfen, sondern sind auch an anderen Fronten verstärkt gebunden, etwa bei der Elternarbeit. Wie beobachten Sie diese Entwicklung?

Die Extreme nehmen zu. Es gibt auf der einen Seite Eltern, die sich wenig um die Kinder kümmern können oder wollen. Auf der anderen Seite auch solche, die sich übermässig einmischen. Dies kann soweit führen, dass Elterngespräche in Begleitung von Anwälten stattfinden. Die grössere Mehrheit kooperiert nach wie vor gut. Trotzdem muss man die Lehrpersonen bei der Elternarbeit heute besser unterstützen als früher.

Der Job ist anspruchsvoller geblieben, der Lohn mehr oder weniger gleich geblieben. Wenn ich etwas auf dem Kasten habe, gehe ich doch lieber in die Privatwirtschaft.

Was man feststellen kann, ist, dass wir eine Verweiblichung des Berufsstands haben. Neben der Möglichkeit, diesen Beruf in Teilzeit auszuüben, hat dies auch mit der fehlenden Attraktivität des Berufs zu tun. Um das zu verändern, müssen die Weiterentwicklungsmöglichkeiten verbessert werden. Der Lehrerberuf in der Volksschule darf nicht eine Sackgasse sein. Früher konnten gute Lehrpersonen ans «Lehrer-Seminar» wechseln. Das ist mit der Bologna-Reform nicht mehr möglich. Weiterentwicklungsmöglichkeiten an der Pädagogischen Hochschule und attraktive Aufbaustudiengänge könnten Möglichkeiten aufzeigen.

Thurgauer Entscheid zum Französisch

NZZ vom 20.6.2017, Leserbrief

Die Thurgauer haben zu keinem Zeitpunkt Französisch aus der Volksschule verbannen wollen. Es ging nur um die Frage des Beginns, und die früher beschlossene vernünftige Lösung, diesen auf die Oberstufe zu legen, wurde durch ein paar wankelmütige Kantonsräte wieder umgestossen. Regierungsrätin Knill habe mit einigen «Häppchen» geködert, weshalb dann offenbar nach gewonnener Abstimmung ihre Augen leuchteten. Bei andern Beteiligten sorgen die versprochenen Verbesserungen allerdings für arges Stirnrnzeln. Mehr Halbklassenunterricht dürfte auf Kosten der übrigen Fächer gehen und die unerwünschte Sprachlastigkeit der Primarschule vermehren, und ein leichteres Dispensieren von mit Französisch überforderten Kindern ist eine noch viel fragwürdigere Massnahme. Sie beweist ja eben gerade, dass gar nicht alle Schüler Frühfranzösisch verkraften können. Da muss man nicht grosszügig dispensieren, sondern die Sache grundsätzlich infrage stellen. Sonst könnten ja auch schwache Rechner vom

Mathematikunterricht dispensiert werden oder schlechte Sportler vom Schulturnen. Bei einem Französisch-Beginn in der Oberstufe wären Dispensationen vom Tisch, denn dort sind die Kinder ohnehin nach Leistungsvermögen eingeteilt.

Was mich ferner befremdet, ist die Sache mit der «Mutter Courage» (NZZ 15. 6. 17). Egal, welche Partei es betrifft: Wenn eine Regierungsrätin derart gegen die Meinung der eigenen Leute agiert, wie es Monika Knill getan hat und immer noch tut, muss sich ein einfaches Parteimitglied völlig geprellt vorkommen. Man wählt schliesslich eigene Regierungsräte nicht, damit sie die Interessen der Gegenseite vertreten.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Selbst in Bayern können Schüler nicht mehr rechnen

Zeit-Fragen vom 20.6.201, Leserbrief

Den Mathematiklehrern und -professoren, die den Brandbrief zum Mathematikunterricht und zur Kompetenzorientierung (Zeit-Fragen vom 9. Mai 2017 <http://www.zeit-fragen.ch/de/ausgaben/2017/nr-11-9-mai-2017/mathematikunterricht-und-kompetenzorientierung-ein-offener-brief.html>) verfasst haben, sei Dank. Endlich kommt auf den Tisch, was schon lange gärt!

Die Gründe, die in dem Brandbrief für die mangelhaften Mathematikkenntnisse der Studienanfänger angeführt werden, sind mangelnde Beherrschung von Rechentechniken, oberflächlich behandelte Stoff in der Mittelstufe des Gymnasiums und die Kompetenzorientierung.

Einen Abbau der Mathematikkenntnisse kann man jedoch schon viel früher feststellen, nämlich in der Grundschule. Mit Einführung des Grundschullehrplans im Jahr 2000 in Bayern wurde der Zehnerübergang nicht mehr in geeigneter Weise vermittelt und geübt. Vielerorts durften die Schüler erst wochenlang selbst herausfinden, wie man zum Beispiel bei $6 + 6$ über die 10 kommt, um dann schliesslich zu erfahren, dass nicht $6 + 3 + 3$, sondern $6 + 4 + 2$ die Lösung darstellt. Das kleine Einmaleins wurde nicht mehr auswendig gelernt, sondern abgeleitet: 5×5 ist 25, 6×5 ist $5 \times 5 + 1 \times 5$. Wenn ein Schüler noch in der Mittelstufe mit solchen Rechenoperationen beschäftigt ist, muss er an Weitergehendem scheitern, da er nicht auf automatisierte Rechenoperationen zurückgreifen kann. Mit der Einführung des LehrplanPLUS in den Grundschulen (Herbst 2014) dürfte sich die Situation noch verschlechtert haben, weil die Kompetenzorientierung im Mittelpunkt steht und die Grundrechenarten dadurch noch weniger eingeübt und automatisiert werden.

Jetzt ist es an den Deutschlehrern und -professoren, einen ebensolchen Brandbrief zu verfassen, denn um die Deutschkenntnisse unserer Kinder und Jugendlichen ist es nicht besser bestellt!

Michaela Dittner-Nagel, Oberstudienrätin

25. 6. 2017

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch
Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598